

Weltbevölkerung: UN-Konferenz hat Aktionsplan verabschiedet.

Nach zähem Ringen und mit zahlreichen Kompromißformulierungen wurde der Aktionsplan der „Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung“ in Kairo von 182 Staaten unterschrieben. Der Vatikan, einer der schärfsten Kritiker des Entwurfes für das Schlußdokument, hat diesem nur mit Vorbehalten zugestimmt. Eine detaillierte Analyse der Konferenz folgt im Novemberheft der Herder-Korrespondenz.

Wie vielschichtig sich das Problem des Bevölkerungswachstums darstellt, zeigen nicht nur die in detail sehr verschiedenen Wertungen und Urteile über Verlauf und Ergebnis der „Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung“, die vom 5. bis zum 13. September in Kairo stattfand. Inwieweit die rund 200 Handlungsempfehlungen in den 16 Kapiteln des 100 Seiten starken Aktionsprogrammes in den einzelnen Staaten umgesetzt werden, bleibt auch abzuwarten. Schließlich fehlt der Zustimmung zum Aktionsprogramm, das nach dem „Konsensprinzip“ ohne Abstimmung verabschiedet wurde, jede weitere Verpflichtung, stimmten einige Staaten ausdrücklich auch ohne vollständiges Einverständnis mit allen Aussagen des Programmes zu.

Empfehlungen ohne weitere Verpflichtungskraft

Dennoch waren nach zähem Ringen und neun Tagen heftiger Debatte zu den umstrittensten Themen Kompromißformeln gefunden worden – auch zu dem der „Abtreibung“, das völlig unplanmäßig nahezu die ganze erste Konferenzwoche geprägt hatte, und ebenso zu den in der Schlußphase vehement diskutierten Empfehlungen bezüglich der Migrationsproblematik, konkret der Familienzusammenführung; letzteres war dabei ein Streitpunkt, bei dem die Frontlinie eindeu-

tig zwischen Norden und Süden verlief. In dem bei der dritten und letzten Vorbereitungskonferenz im Umfang noch einmal erheblich erweiterten Entwurf für das Schlußdokument der Konferenz waren 208 Textpassagen eingeklammert, das heißt zwischen den einzelnen Regierungen strittig geblieben. Dabei betraf dies im wesentlichen nur wenige Passagen des Dokumentes im Kontext des Konzeptes „reproduktiver Gesundheit“, und Formulierungen zu den Bereichen „reproduktive Rechte“, „sichere Mutterschaft“ und „Abtreibung“.

Viele Kommentatoren, Beobachter und Delegierte, besonders aber die Direktorin des UNO-Bevölkerungsfonds, die pakistanische Ärztin *Nafis Sadik*, werteten die Konferenz und den Aktionsplan trotz der zahlreichen Kompromisse als wichtigen Erfolg. Einen entscheidenden Durchbruch sieht man vor allem in der Einbindung der Familienplanung in ein breites Konzept verbesserter Bildungschancen, Gesundheitsversorgung und effektiver Armutsbekämpfung, in der Zurückweisung jeglicher politischer Zwangsmaßnahmen bei der Familienplanung und in der Betonung des Anrechtes eines jeden Menschen auf diese. Zu den Erfolgen zählt ebenfalls, daß der Blick über das Problem Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern hinaus auch auf die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Industrienationen gelenkt wurde, auf die mit diesem Lebensstil einhergehende Zerstörung

des ökologischen wie sozialen Gleichgewichts der Welt.

Ziel des auf zwanzig Jahre angelegten Aktionsplanes ist es, daß sich die Weltbevölkerungszahl (derzeit 5,6 Milliarden) bis Mitte des kommenden Jahrtausends bei rund acht Milliarden stabilisiert. Der zur Umsetzung des Aktionsprogrammes benötigte Finanzrahmen wurde mit jährlich 17 Milliarden Dollar angegeben; eine Summe, die zu einem Drittel von den Industrieländern, zu zwei Dritteln von den Entwicklungsländern aufzubringen wäre.

„Empowerment of Women“

Der zentrale Schlüssel zur Lösung des Bevölkerungsproblems liegt aber in dem Thema, das weite Teile des Aktionsprogramms bestimmt und darin mit „Empowerment of women“ beschrieben wird. Bereits der *UN-Weltbevölkerungsbericht 1994* hatte hierauf den Schwerpunkt gelegt: auf die dringend nötige Stärkung der rechtlichen, ökonomischen, sozialen und familiären Stellung der Frau, auf deren Gleichberechtigung in Gesundheitsversorgung, Bildung und Familienplanung und auf die Ermöglichung und Befähigung, über die Regelung der Fruchtbarkeit, die Anzahl und den Zeitpunkt der Schwangerschaften selbst bestimmen zu können.

In der Konzentration auf die Stellung der Frau liegt zugleich auch der entscheidende Fortschritt der Kairoer Konferenz gegenüber den beiden letzten Bevölkerungskonferenzen in Bukarest 1974 und Mexiko 1984: Erstere war geprägt durch die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und durch die Abschlußphase der Entkolonialisierung. Bevölkerungskontrolle als integraler Bestandteil von Entwicklungsprogrammen wurden von den sogenannten Dritte-Welt-Ländern damals entschieden abgelehnt. Dieser Widerstand gegen jede Form der Bevölkerungspolitik wurde zehn Jahre später in Mexiko aufgeben. Im Zentrum dieser Konferenz stand das „demographi-

sche Selbstbestimmungsrecht“: die Souveränität der Staaten bezüglich der Formulierung und Durchsetzung ihrer nationalen Bevölkerungspolitik und das Grundrecht der Eltern auf volle Selbstverantwortung und Entscheidungsfreiheit in der Bestimmung der Zahl ihrer Kinder. Festgeschrieben aber wurde auch die gemeinsame Verantwortung des Südens und des Nordens für die Kontrolle des Weltbevölkerungswachstums.

Dabei einigte sich die internationale Staatengemeinschaft bereits in Mexiko darauf, daß Abtreibung keinesfalls eine Methode der Familienplanung sein dürfe. Die (Kompromiß-) Formulierungen des *Kairoer* Aktionsprogrammes zu diesem Punkt lauten: „Abtreibung sollte in keinem Fall als Methode der Familienplanung propagiert werden ... Der Verhütung unerwünschter Schwangerschaften muß immer höchste Priorität gegeben werden, und es sollte alles versucht werden, um die Notwendigkeit von Abtreibung zu beseitigen ... Bei Komplikationen, die von Abtreibungen herrühren, sollten Frauen in allen Fällen Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen zur Behandlung dieser Komplikation erhalten.“ Nach Angaben der UNO kommt es weltweit jährlich zu geschätzt 50 Millionen Abtreibungen, ein erheblicher Anteil der Frauen sei minderjährig. Dabei starben 60 000 Frauen, erheblich höher jedoch noch sei die Zahl derer, die irreversible gesundheitliche Schäden davontrügen.

Der Widerstand des Vatikans

Alle Vorbehalte, die im Vorfeld von Kairo diskutiert wurden, werden wohl nicht ausgeräumt sein. Solche wurden beispielsweise vehement von *islamischer* Seite vorgebracht. Ihre Kritik richtete sich dabei vorwiegend gegen Formulierungen, die eine Billigung der Pluralität von Lebensformen über die traditionelle Familie und Ehe hinaus nahelegen, gegen die angemahnte Sexualerziehung für unverheiratete Jugendliche und die Art und Weise, wie

der Entwurf das Thema Abtreibung behandelte.

Als einziger Konferenzteilnehmer stimmte der Vatikan – vertreten durch eine siebzehnköpfige Delegation unter Leitung des Ständigen Vertreters des Heiligen Stuhles bei den Vereinten Nationen, Erzbischof *Renato Raffaele Martino*, nur mit Vorbehalten dem Aktionsplan zu. Die katholisch geprägten, meist lateinamerikanischen Staaten wie *Argentinien, Peru, Honduras, Ekuador* oder auch *Malta*, die während des Konferenzverlaufes oft mit dem Vatikan zusammen eine Oppositionsfront bildeten, gaben dagegen zum Schluß, trotz zum Teil fortbestehender Einwände, dem Aktionsplan ihre uneingeschränkte Zustimmung.

Spätestens seit März dieses Jahres hatten der Papst, Vertreter der römischen Kurie und der vatikanischen Diplomatie in einer Vielzahl von Stellungnahmen Kritik am Entwurf für das Schlußdokument geübt und eine wohl beispiellose Kampagne gestartet, zu der unter anderem ein Schreiben des Papstes an die Staatschefs der ganzen Welt gehörte (vgl. HK, Juni 1994, 278). Auch eine Vielzahl nationaler Bischofskonferenzen, darunter auch die deutsche (vgl. HK, September 1994, 481), hatten sich diese Positionen zu eigen gemacht.

Dabei wurde beispielsweise das Mißverhältnis zwischen den Themen „Entwicklung“ und „Bevölkerung“ zuungunsten des ersteren moniert. Ein Arbeitsdokument des *Päpstlichen Familienrates* äußerte erheblichen Zweifel gegenüber den statistischen Berechnungen des Bevölkerungswachstums und wandte sich gegen die Beschworung einer „Bevölkerungskatastrophe“, beklagte gar eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung, die keineswegs auf die Industriestaaten beschränkt bleibe. Weiter wurden etwa die Aussagen zur Sexualerziehung und zum Familienbegriff des Dokumententwurfes gerügt, neben einer grundsätzlichen Ablehnung der unterstellten Propagierung des westlichen, individualistisch-konsumistisch-hedonistischen Lebensstils.

Mit grundsätzlichem Mißtrauen aber las der Vatikan besonders die in seinen Augen *mehrdeutigen* Formulierungen zu dem Konzept der „sexuellen und reproduktiven Gesundheit“ und zur „sicheren Mutterschaft“ – sah man dabei doch das Risiko, bei der Konferenz könne *Abtreibung als normales Mittel der Bevölkerungskontrolle* akzeptiert werden. Erzbischof Martino bekräftigte während der Konferenz noch einmal die Befürchtungen des Vatikans, daß ein unbegrenzter Zugang zur Abtreibung mit Hilfe von staatlicherseits angebotenen Gesundheitsdiensten möglich werde und der Schwangerschaftsabbruch so leicht die Ebene eines Rechtes erreichen könnte. Ausdrücklich hatte der Sprecher des Heiligen Stuhles überdies bereits vor der Konferenz betont, den Gebrauch von „künstlichen“ Verhütungsmethoden nicht thematisieren zu wollen.

Einen Tag nach dem Ende der Weltbevölkerungskonferenz veröffentlichte der Vatikan eine Stellungnahme, in der er sein Verständnis des Aktionsprogrammes erläuterte. Darin heißt es unter anderem: Der Heilige Stuhl verstehe die Begriffe „sexuelle Gesundheit“, „sexuelle Rechte“, „reproduktive Gesundheit“ und „reproduktive Rechte“ im Sinne einer ganzheitlichen Auffassung von Gesundheit. Abtreibung oder den Zugang zu dieser sehe er nicht als eine Dimension dieser Begriffe an. Bezüglich dieser wie auch der Begriffe „Verhütung“, „Familienplanung“, „Fähigkeit der Frau zur Kontrolle der eigenen Fruchtbarkeit“ wie auch der „Reichweite von Diensten der Familienplanung“ und von Konzepten der Fruchtbarkeits-Regulierung wird betont, die Zustimmung des Heiligen Stuhles könne in keiner Weise als eine Änderung seiner gut bekannten Position zu Familienplanungsmethoden interpretiert werden, die die katholische Kirche als unannehmbar betrachte. Auch vom individualistischen Verständnis der Begriffe „Paare oder Individuen“ im Aktionsprogramm distanzierte sich der Vatikan.

Bei seinem Insistieren auf Entwicklung, Bekämpfung von Armut und

Abbau der Ungleichverteilung der Lebenschancen zwischen Norden und Süden, hatte der Vatikan prinzipiell zahlreiche Verbündete – nicht nur in den Vertretern der Entwicklungsländer, sondern auch bei vielen der in Kairo zahlreich vertretenen Nichtregierungsorganisationen. Anfang September hatten beispielsweise europäische Nichtregierungsorganisationen ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Bekämpfung der Armut als Hauptziel der Kairoer Konferenz eingefordert wurde. Den gleichen Tenor hatte auch eine bereits im Frühjahr

veröffentlichte Stellungnahme der deutsche NRO-Initiative „Eine Welt für Alle“.

Während und nach der Konferenz kritisierten aber gerade Vertreter der Entwicklungsländer ebenso wie verschiedene Entwicklungsorganisationen, die Fixiertheit und mangelnde Kooperationsbereitschaft des Vatikans beim Thema Abtreibung und dessen Dominanz bei der ganzen Konferenz hätten bewirkt, daß die eigentlich entscheidenden Themen Entwicklung und Armutsbekämpfung insgesamt viel zu kurz gekommen seien. A.F.

Johannes Paul II.: Friedensappell in Zagreb

Der Besuch des Papstes in Kroatien stand ganz im Zeichen der Krise im ehemaligen Jugoslawien. Johannes Paul II. rief eindringlich zu Frieden und Versöhnung auf; die Bevölkerung bereitete ihm einen ausgesprochenen herzlichen Empfang.

Die 62. Auslandsreise seines Pontifikats, die Johannes Paul II. am 10. und 11. September in die kroatische Hauptstadt Zagreb führte, läßt sich nicht als eine unter vielen Papstreisen abhaken. Die Umstände, unter denen der kurze Besuch in Kroatien stattfand, waren außergewöhnlich. Schließlich war für den 8. September eine Papstreise nach Sarajewo geplant, die dann nach längerem und kompliziertem Hin und Her zwei Tage vor dem Besuchstermin aus Sicherheitsgründen abgesagt bzw. verschoben wurde. Die UNO-Truppen sahen sich außerstande, die Sicherheit des Papstes und der Teilnehmer an der geplanten Eucharistiefeier im halbzerstörten Eisstadion der bosnischen Hauptstadt zu gewährleisten.

Die Reise Johannes Pauls II. nach Zagreb hat eine doppelte Vorgeschichte: Eine im ehemaligen Jugoslawien mit seinem Präsidenten *Josip Broz Tito*, die andere in der politischen und militärischen Entwicklung nach dem Zerfall dieses nach dem Ersten Weltkrieg aus Serbien, Montenegro und Teilen

der zerschlagenen österreich-ungarischen Monarchie gebildeten multiethnischen und -religiösen Staates. Eine Einladung des jugoslawischen Staatspräsidiums überbrachte dessen damaliger Vorsitzender *Milatović* Ende 1980 bei einem Besuch im Vatikan. Auch die jugoslawischen Bischöfe luden den Papst seinerzeit ein. Konkretere Formen nahm ein Papstbesuch in Jugoslawien dann im Zusammenhang mit dem 1984 abgehaltenen „Nationalen Eucharistischen Kongreß“ an.

Eigentlich waren drei Stationen vorgesehen

Es kam nicht zu einer Reise Johannes Pauls II. in das kommunistische Jugoslawien, weil sich kein Konsens zwischen dem Vatikan und den staatlichen Stellen über die Stationen eines solchen Besuchs erzielen ließ. So wollte der Staat auf keinen Fall einen Besuch des Papstes am Grab des 1960 verstorbenen früheren Zagreber Erz-

bischofs, Kardinal *Stepinac*, zulassen, bestand aber auf einem Aufenthalt Johannes Pauls II. im ehemaligen Lager Jasenovac, das die kroatische Ustascha-Regierung während des Zweiten Weltkriegs im Zug ihrer Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen gegen die serbische Volksgruppe errichtet hatte.

Mit dem Ende der Volksrepublik Jugoslawien und den Unabhängigkeitserklärungen der früheren Teilrepubliken Slowenien und Kroatien im Sommer 1991 entstand eine neue Situation. Der Heilige Stuhl erkannte Kroatien und Slowenien Anfang 1992 diplomatisch an und tauschte Botschafter mit den beiden Staaten aus; im August 1992 folgte dann die diplomatische Anerkennung von Bosnien-Herzegowina. Immer wieder prangerte Johannes Paul II. seit Beginn der blutigen Auseinandersetzungen die Schrecken des Krieges vor allem in Bosnien-Herzegowina an und rief dazu auf, sich um eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts zu bemühen, die den Aggressor nicht belohnen dürfe.

Als besonders schwierig bei den vatikanischen Bemühungen erwies sich das Verhältnis zur *serbisch-orthodoxen Kirche*. Aus ihren Reihen kamen und kommen zwar unterschiedliche Signale. Insgesamt dominiert aber die fast vorbehaltlose Unterstützung der serbisch-nationalen Interessen und Ansprüche, verbunden mit der Denunzierung des Vatikans als Mitbeteiligten einer großen katholisch-muslimischen Verschwörung gegen das Serbentum. Dem Votum der serbischen Kirchenführung kam offenbar auch die ausschlaggebende Rolle bei der *Verhinderung eines Papstbesuches in Belgrad* zu. Johannes Paul II. wollte zunächst neben der kroatischen und bosnischen auch die serbische bzw. restjugoslawische Hauptstadt besuchen, um so jeder Gefahr einer politischen Vereinnahmung seiner Reise in das Krisengebiet durch eine Seite von vornherein entgegenzutreten.

Das Thema Papstbesuch in Belgrad stand auf der Tagesordnung einer außerordentlichen Zusammenkunft